

AKTUELL

GEWERKSCHAFTEN

Zum Wohle des Landes

David Angel

Der Haushaltsentwurf ist alles andere als sozial gerecht, darin sind sich die Gewerkschaften einig. Doch anstatt gemeinsam gegen ihn vorzugehen, streiten sich LCGB und OGBL.

Patrick Dury hatte förmlich Schaum vor dem Mund, als er am Dienstag vor die Presse trat, um die Position seiner Gewerkschaft zum Haushaltsentwurf darzulegen. „Unfair und asozial“ der Budgetentwurf, „inakzeptabel“ die Kürzungen bei den Familien, „konzeptlos und widersprüchlich“ die Regierungspolitik, erieferte sich der Präsident des LCGB.

Wie ein Großteil der Maßnahmen der Koalition belaste sowohl die Erhöhung der Mehrwertsteuer als auch die Einführung einer 0,5-Prozent-Abgabe für Kinderbetreuung vor allem Arbeitnehmer und Rentner. Die „allocation de maternité“ sowie die „allocation d'éducation“ abzuschaffen, gehe in eine völlig falsche Richtung, so Dury: „Wir können nicht zulassen, dass Frauen, die entscheiden, bei ihren Kindern zu bleiben, stigmatisiert werden.“ Vielmehr seien neue Arbeitszeitmodelle vonnöten, die es Eltern ermöglichen, halbtags zu arbeiten.

Anstelle wirksamer Maßnahmen gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit plane Blau-Rot-Grün, die Leistungen für Arbeitslose herunterzufahren: „Was soll das Geschwafel von Aktivierung?“ fragte Patrick Dury und forderte die Regierung auf, „gegen die Arbeitslosigkeit anstatt gegen Arbeitslose“ vorzugehen.

Scharfe Kritik übte Dury auch an der geplanten Reform des Gesetzes zum innerbetrieblichen Sozialdialog (Gesetzesprojekt 6545). Durch dieses Vorhaben, das der Gewerkschaft, die in einem Betrieb über die Mehrheit verfügt, Vorteile gegenüber den kleineren Gewerkschaften verschafft, werde „per Gesetz“ die „Einheitsgewerkschaft“ eingeführt. Im Gegenzug halte die größte Gewerkschaft des Landes sich mit Kritik an der Regierungspolitik zurück. Von einem „Kuhhandel“ sprach Patrick Dury.

Sehr zurückhaltend war die Stellungnahme des OGBL zum Budgetentwurf dann aber doch nicht: In einem Presse-schreiben zeigte sich die Gewerkschaft „skandalisiert“ über das „beängstigende und tendenziöse Bild“, das die Regierung von der finanziellen Lage des Landes zeichne. Die ist laut Pressemitteilung nämlich gar nicht so schlimm wie von der Koalition dargestellt: „Die öffentliche



Verwaltung verzeichnet derzeit einen Haushaltsüberschuss (...) Selbst bei unveränderter Politik würde der Haushalt bis 2018 wieder ins Gleichgewicht kommen.“ Auch das Ausmaß der Staatsverschuldung - die sich durch Investitionen in die Zukunft, aber auch durch die Rettung der Banken und die Beteiligung am europäischen Rettungsschirm erklären lasse - sei eigentlich vernünftig.

Mangelnde Dialogbereitschaft

Das Maßnahmenpaket der Regierung sei nicht nur „absurd“, da es die Binnenmarktnachfrage drossle und somit einem wirtschaftlichen Aufschwung im Weg stehe, sondern auch „alles andere als ausgewogen“, so der OGBL, der von Blau-Rot-Grün eine komplette Neuorientierung der angekündigten Haushaltspolitik fordert.

Auch von anderer Seite kommt Kritik: Die Studentenvereinigung Unel wirft der Regierung vor, mit ihrem Maßnahmenkatalog mehr Fragen aufzuwerfen als Antworten zu geben. So ist Pol Reuter, Präsident der Organisation, der Meinung, man könne nicht vorgeben, in die Zukunft des Landes investieren zu wollen, wenn man noch kurz vor dem Sommer die Studienbeihilfen massiv gekürzt habe. Die Unel habe zwar bisher nicht unbedingt geplant, konkret gegen den Sparhaushalt vorzugehen, doch sei man offen für Gespräche mit den Gewerkschaften, so Reuter.

In einem Punkt sind sich bisher fast alle Akteure einig: Der Regierung mangelt es an Dialogbereitschaft. Warum es eigentlich bisher keinen wirklichen Sozialdialog zum Budget gegeben habe und ob sich daran etwas ändern solle, fragte Justin Turpel, Abgeordneter von Déi Lénk, den Premierminister. Angesichts der drängenden Probleme habe die Regierung eben Verantwortung übernehmen und Maßnahmen zum Wohle des Landes ergreifen müssen, so die Antwort Xavier Bettels.

SHORT NEWS

Große Koalition sagt Ja zum Team Juncker

(dw) - Unter den 423 Abgeordneten, die am Mittwoch im Europaparlament für die neue EU-Kommission stimmten, waren auch fünf Luxemburger. Präsident Jean-Claude Juncker konnte sich auf eine breite Mehrheit von Konservativen der Europäischen Volkspartei, Sozialdemokraten und Liberalen stützen. Zwar verwehrt die spanischen Sozialdemokraten sowie die Vertreter der französischen UMP der neuen Kommission in diesem Votum ihre Zustimmung. Dennoch stimmten am Ende nur 209 Abgeordnete gegen Juncker und seine 27 EU-Kommissare. Unter ihnen auch der Luxemburger Grüne Claude Turmes, sowie die gesamte Fraktion der Europäischen Grünen, die Vereinigte Linke und die Vertreter der verschiedenen rechtsextremen Parteien. Noch im Juni, als Juncker im Europaparlament sein Programm vorstellte, hatten Großteile der Grünen dem Luxemburger ihre Zustimmung gegeben, nachdem dieser einige Zugeständnisse eigens an diese Adresse gemacht hatte. Nun spricht Turmes von einem „Vertrauensbruch“ und von einem „U-turn“ des Kommissionspräsidenten. Der hatte am Schluss zwar noch seinem ersten Vizepräsidenten den Bereich der Nachhaltigen Entwicklung zugeschustert. Das wird aber eher als kosmetische Begrünung seines Teams gesehen.

Entwicklungspolitische Organisation alarmiert

(lc) - Ohne jegliche Vorwarnung mussten die entwicklungspolitischen Organisationen (ONGD) anlässlich der Vorstellung des Budgets 2015 erfahren, dass sie ab 2016 in erheblichem Maße in ihren Aktivitäten eingeschränkt werden. Drei als Sparmaßnahmen getarnte Punkte im „Zukunftspak“ sollen die Zuschüsse stufenweise bis 2018 um 3,6 Millionen zurückfahren - im Vergleich zu 2013 wären das gut 11 Prozent weniger. Besonders schmerzhaft dürfte die Reduzierung der vom Staat zu zwei Dritteln mitgetragenen „frais administratifs“ sein. Ein Drittel dieser Kosten tragen die ONGD über ihre Eigenmittel - sprich Spenden. Diese Unkosten decken vor allem die Gehälter der hauptamtlichen Mitarbeiter der ONGD, die von Luxemburg aus die Projekte der Partner im Süden betreuen und ohne die die zahlreichen administrativen Auflagen, aber auch die Vorarbeiten und Durchführung kaum noch erfüllt werden können. Statt bislang 15 Prozent, sollen die ONGD in Zukunft nur noch 12 Prozent Unkosten für die Verwaltung ihrer Projekte geltend machen dürfen. Der entsprechende staatliche Zuschuss geht dann von 10 auf 8 Prozent zurück - das wäre auf einen Schlag ein Fünftel der bisherigen Aufwendungen. Weil aber auch die Kofinanzierung durch den Staat und somit die Bemessungsgrundlage zurückgeschraubt wird, kann es bei einzelnen ONGD zu Einbrüchen kommen, die weit über den im Zukunftspak aufgeführten 11 Prozent liegen dürfte. Viele ONGD haben sich, nicht zuletzt auf Wunsch des Kooperationsministeriums, in den letzten Jahren professionalisiert. Um die in diesem Bereich gemachten Fortschritte nicht zu gefährden, müssten also ab 2016 in vielen Fällen Spendengelder - über das bislang veranschlagte Drittel hinaus - für diese Kosten verwendet werden, die dann wiederum für die Projekte fehlen. Einige ONGD sehen sich gezwungen eventuell Personal zu entlassen. Diese Maßnahmen sind umso absurder, als die Bezuschussung der ONGD überhaupt nicht direkt über das jährliche Budget stattfindet und ein solche Kürzung somit gar nicht zur Sanierung des Haushalts 2018 beitragen kann. Die den ONGD zugedachten Gelder laufen über den Entwicklungsfonds, und der soll ja nach Aussagen des Staatsministers explizit nicht von den Sparmaßnahmen betroffen sein. Als einzige Erklärung bleibt demnach ein politisches Zurückstutzen des Impaktes der ONGD in der Luxemburger Entwicklungshilfe insgesamt - etwas was in keinem Koalitionsprogramm oder sonstigen Willenserklärung der Regierung bislang so zu vernehmen war. Ein solcher Politikbruch wäre auch diversen von der Chamber verabschiedeten Resolutionen diametral entgegengesetzt. Der Aufruhr bei den ONGD und deren Mitarbeitern ist entsprechend hoch und die Stimmung im Vorfeld der von allen Seiten hochgelobten „Année de la coopération 2015“ an einem Tiefpunkt angelangt. Was die Regierung tatsächlich im Schilde führt, wird wohl spätestens am 5. November bekannt werden - dann findet die jährliche Debatte zur Kooperationspolitik statt. Die war eigentlich schon für den 15. Oktober vorgesehen, musste aber dann der kopernikanischen Revolution des Finanzministers Platz machen.